



Bericht aus dem Gemeinderat 2025/2026

Aus dem Gemeinderat und der Fraktion

Das vergangene Jahr stand politisch stark im Zeichen des Wahlkampfes für die Gemeinderatswahlen. Mit grossem Engagement vonseiten der Partei, der Fraktion und der Sektionen konnte dieser am 8. März erfolgreich abgeschlossen werden. Die SP ging gestärkt aus den Wahlen hervor und konnte ihre Vertretung im Gemeinderat um vier Sitze ausbauen. Damit stellt die SP neu 41 Mitglieder und bleibt klar stärkste Kraft im Stadtparlament. In unserem Wahlkreis konnten wir unsere vier Sitze erfolgreich verteidigen. Mit 2.2% konnten wir unsere Wähler:innenbasis auf neu über 26% ausbauen. Dies war nur dank eines sehr motivierten und engagierten Wahlkampfteams möglich.

Auch innerhalb der Fraktion gab es im Laufe des Jahres Veränderungen. Insgesamt kam es zu vier Rücktritten aus dem Gemeinderat, wodurch neue Kolleg:innen nachrückten. Solche Wechsel sind zwar Teil des politischen Betriebs, führen jedoch immer auch zu einem gewissen Wissensverlust.

Damit verbunden bleibt die Frage der Vereinbarkeit von politischem Engagement mit Beruf und Familie eine zentrale Herausforderung der Milizarbeit im Gemeinderat. Über die gesamte Legislaturperiode sind 43 der ursprünglich 125 gewählten Ratsmitglieder zurückgetreten. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Rahmenbedingungen der politischen Arbeit zunehmend unter Druck stehen. Um diesem Problem zu begegnen, wird im Kanton Zürich bald eine Stellvertreter:innen-Lösung eingeführt. Auch der Zürcher Gemeinderat steht in den Startlöchern, um eine solche Lösung möglichst rasch umzusetzen und damit die Miliztätigkeit langfristig zu stärken.

Kommissionsarbeit und neue Ämtli

Wir vier Gemeinderät:innen aus dem 7 und 8 waren im Berichtsjahr in den folgenden Kommissionen vertreten:

- Geschäftsleitung (Ivo), Geschäftsprüfungskommission (Sofia), Sachkommission Gesundheits- und Umweltdepartement (Nadina, Vizepräsidentin), Sachkommission Hochbaudepartement, Stadtentwicklung (Angelica), Sachkommission Finanzdepartement (Ivo), Paritätische Kommission LR Uri/GR von Zürich (Ivo, Sofia), IT-Kommission (Ivo). Darüber hinaus haben wir

folgende Ämter inne: Nadina ist Mitglied des Fraktionsvorstands, Ivo wurde zum 1. Vizepräsidenten gewählt und Angelica ist weiterhin im Gemeinderatssekretariat für die Korrektur des Gemeinderatsprotokolls zuständig.

Aus der Sachkommission Finanzdepartement (SK FD)

Die SK FD behandelte im vergangenen Jahr verschiedene finanz-, personal- und wohnpolitische Vorlagen der Stadt Zürich. Drei exemplarische Geschäfte zeigen gut, welche Themen im Zentrum standen und welche sozialpolitischen Anliegen dabei besonders relevant waren.

Ein wichtiges wohnpolitisches Geschäft war der Jugendwohnkredit 2025. Der Gemeinderat bewilligte einen Rahmenkredit von 40 Millionen Franken, um gemeinnützige Wohnbauträgerschaften bei der Schaffung und Erneuerung von Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung zu unterstützen. Die Darlehen werden unverzinst gewährt und ermöglichen so deutlich tiefere Mieten. Hintergrund ist die weiterhin angespannte Wohnsituation für Studierende und Lernende in Zürich. Die Förderung trägt dazu bei, dass gemeinnützige Organisationen zusätzliche Wohnplätze schaffen oder bestehende Anlagen erneuern können. Damit stärkt die Stadt gezielt den preisgünstigen Wohnraum für junge Menschen.

Ein weiteres Geschäft betraf die Einführung von «CMplus» im Regelbetrieb. Dieses Programm unterstützt städtische Mitarbeitende, die aus gesundheitlichen Gründen ihre bisherige Stelle verloren haben, bei der beruflichen Wiedereingliederung. Durch befristete Einsätze innerhalb der Stadtverwaltung und Job-Coaching werden neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt eröffnet. Nach einem erfolgreichen Pilotprojekt wird das Programm nun dauerhaft weitergeführt. «CMplus» leistet somit einen wichtigen Beitrag zur sozialen Verantwortung der Stadt als Arbeitgeberin und zur Integration von Mitarbeitenden mit gesundheitlichen Einschränkungen.

Schliesslich befasste sich die Kommission auch mit einer Revision des Personalrechts zur Anpassung der Beiträge an die Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH).



Ziel der Vorlage ist es, sicherzustellen, dass die Mehrheit der städtischen Angestellten auch weiterhin eine Altersrente von rund 60 Prozent ihres letzten koordinierten Lohns erreicht. Dafür werden die Sparbeiträge von Stadt und Mitarbeitenden moderat erhöht.

Die behandelten Geschäfte zeigen, dass die Arbeit der SK FD sowohl finanzpolitische Verantwortung als auch sozialpolitische Zielsetzungen verbindet.

Aus der Sachkommission Gesundheit und Umwelt (SK GUD)

Es gehört zu den bekannten Einsichten der Politik, dass sich grosse und teils existenzielle Fragen letztlich auf lokaler Ebene konkretisieren. Das Jahr 2025 im Zürcher Gesundheits- und Umweltsdepartement (GUD) war für uns als SP ein Jahr, in dem sich dies erneut gezeigt hat.

Ein zentrales Thema bleibt die Klimakrise. Sie macht an der Stadtgrenze keinen Halt, und doch neigen Städte dazu, ihre Bemühungen auf den heimischen Perimeter zu beschränken. Im Jahr 2025 haben wir mit der Lancierung des Pilotprojekts zur internationalen Klimafinanzierung ein neues Paradigma etabliert. Basierend auf einer Motion der SP übernimmt Zürich nun systematisch Verantwortung für seinen globalen Fussabdruck. Für uns ist dies keine Geste der Wohltätigkeit, sondern ein Akt der zwingenden Klimagerechtigkeit. Dies schulden wir jenen Ländern, die am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben, aber am härtesten von ihren Folgen getroffen werden.

Unsere städtische Gesundheitspolitik wird vor allem daran gemessen, wie sie diejenigen behandelt, die am Rand der Gesellschaft stehen. Ein Erfolg des Jahres 2025 ist, dass der Stadtrat die medizinische Grundversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung mit jährlich 1,9 Millionen Franken verstetigt hat. Das Recht auf Gesundheit darf nicht am fehlenden Pass, an der fehlenden Krankenkasse oder an der Angst vor den Behörden scheitern.

Dass eine moderne Stadt wie Zürich den Mut haben muss, gescheiterte moralische Dogmen durch evidenzbasierte Vernunft zu ersetzen, zeigt sich nirgends deutlicher als in unserer Drogenpolitik. Im Herbst 2025 konnte eine positive Zwischenbilanz des Cannabis-Pilotprojekts «Züri Can» gezogen werden. Das Projekt wurde bis 2028 verlängert und auf 3'000 Teilnehmende ausgeweitet. Eine kontrollierte Abgabe schützt

die Konsumierenden, trocknet den Schwarzmarkt aus und stärkt den Jugendschutz.

Das Versprechen einer sorgenden Stadt zeigt sich auch im Umgang mit ihren Menschen im Alter. Im Bereich der Palliative Care konnten wir 2025 neue wiederkehrende Mittel sprechen, um die mobilen Palliative-Care-Teams gezielt auszubauen. Dies ist ein wichtiges Element für ein selbstbestimmtes, möglichst schmerzfreies Leben bis zum Schluss, das gleichzeitig eine Entlastung für die pflegenden Angehörigen bedeutet.

Aus der Sachkommission Hochbau und Stadtentwicklung (SK HBD/SE)

Seit rund zwei Jahren beschäftigt sich die Kommission mit den Themen «Marina Tiefenbrunnen» und den «Hochhausrichtlinien». Beide Weisungen erforderten umfangreiche Beratungen und waren gegen Ende der Legislatur eng getaktet, so dass sie noch in der bestehenden Kommissionszusammensetzung und noch während Andrés Amtszeit abgeschlossen werden konnten.

Angelica Eichenberger und Marco Denoth (SP6) haben sich für beide Weisungen extrem ins Zeug gelegt, um sie im Sinne der Fraktion anzupassen. So wurden beispielsweise die neu vorgeschlagenen Hochhausgebiete auf die heute bestehenden zurück reduziert oder mehr Qualität für den Freiraum und eine Reduktion der Tiefgaragen gefordert. Bei der «Marina Tiefenbrunnen» soll durch eine neue Durchwegung, die Öffnung der Mole und deren Umgestaltung das Wasser zugänglicher und erlebbarer gemacht werden. Zudem wird mit einer Motion der Rückbau des Wasserpolizei-Gebäudes gefordert, sodass der Park mit oder ohne neuer Marina realisiert werden kann.

Aus der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) sorgt als wichtiges Kontrollorgan für Transparenz und Effizienz in der städtischen Verwaltung. Im vergangenen Berichtsjahr befasste sich die GPK erneut intensiv mit der Prüfung diverser Geschäftsberichte, um diese dem Gemeinderat vorzulegen. Dies betraf Berichte der Stadt Zürich, der städtischen Finanzkontrolle sowie von Drittinstitutionen mit städtischer Beteiligung.

Zusätzlich zu diesen Jahresberichten analysiert die GPK laufend die Quartalsberichte, woraus sich oft neue Prüfungsansätze ergeben. Ebenso findet dreimal im Jahr eine Kontrolle des Personalbestands statt, um



allfällige Abweichungen vom Stellenplan zu überwachen.

Im Bereich der Vergaben kontrolliert die GPK freihändige Aufträge auf ihre Rechtmässigkeit und fordert Begründungen für den Verzicht auf öffentliche Ausschreibungen ein. Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Beurteilung von Postulatsabschreibungen. Hier greift weiterhin die im Jahr 2024 eingeführte Praxisänderung, welche die Bearbeitung der Abschreibungsge-suche deutlich effizienter macht.

Die Tätigkeit in der GPK bleibt eine spannende Aufgabe, da sie einen umfassenden Einblick in die unterschiedlichsten Ratsgeschäfte ermöglicht.

Als ein Highlight des Berichtsjahres in der GPK war die Behandlung und Verabschiedung der neuen Verordnung über städtische Beteiligungen (VSB) sowie die Revision der Verordnung über städtische Vertretungen (VVD). Damit hat der Gemeinderat die Steuerung von Drittinstitutionen auf eine neue gesetzliche Basis gestellt und seine eigene Mitbestimmung deutlich gestärkt.

Brückenschlag Uri – Zürich

Seit 1998 verbindet das Projekt «Brückenschlag Uri–Zürich» die Parlamente des Kantons Uri und der Stadt Zürich. Alle zwei Jahre treffen sich beide Parlamente zu

einem thematischen Austausch und fördern damit den Dialog zwischen Stadt und Land.

Im Jahr 2025 war der Urner Landrat zu Gast in Zürich. Der Anlass stand im Zeichen des städtischen Beteiligungsmanagements. Am Vormittag wurden die Teilnehmenden an der ETH Zürich von Vertreter:innen beider Regierungen in das Thema eingeführt und erhielten einen Überblick über die Rolle und Bedeutung der städtischen bzw. kantonalen Beteiligungen.

Am Nachmittag fanden verschiedene Gruppenprogramme statt, bei denen die Teilnehmenden mehrere städtische Beteiligungen und Organisationen näher kennenlernen konnten. Unter anderem wurden die Fernwärme Zürich AG und die Tonhalle-Gesellschaft Zürich, die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW), die ewz Deutschland GmbH, die Zürichsee Schifffahrtsgesellschaft (ZSG), der Berufslehr-Verbund Zürich, die Hallenstadion AG, die Flughafen Zürich AG sowie die Zürcher Abfallverwertungs AG besucht.

Der Anlass bot Gelegenheit für spannende Einblicke in die unterschiedlichen Tätigkeitsfelder der Stadt Zürich und ermöglichte zahlreiche Gespräche zwischen den Parlamentarier:innen aus Uri und Zürich. Besonders gross war das Interesse der Gäste aus Uri an den Besuchen beim Flughafen Zürich und im Hallenstadion. Abgerundet wurde der Anlass mit einem gemeinsamen Abendessen.

Im März 2026,
Ivo Bieri, Nadina Diday, Angelica Eichenberger, Sofia Karakosta